

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Oberster Sowjet verabschiedete Etat

Der Oberste Sowjet, das Parlament der Sowjetunion, hat am Mittwoch den Wirtschaftsplan und den Haushalt für 1986 einstimmig verabschiedet. In einer Rede vor den beiden Kammern des sowjetischen Parlaments bezeichnete Parteichef Michail Gorbatschow eine Woche nach dem Genfer Gipfeltreffen die jüngsten amerikanischen Abrüstungsvorschläge für strategische Atomwaffen als «halbherzig und in vieler Hinsicht ungerecht».

### Frankreich: Atomwaffenversuch auf Mururoa

Frankreich hat am Mittwoch einen weiteren unterirdischen Atomwaffenversuch auf dem südpazifischen Atoll Mururoa durchgeführt. Neuseeländische Wissenschaftler schätzten die Stärke der Explosion auf 50 Kilotonnen. Damit war dies der stärkste nukleare Sprengsatz, den Frankreich seit dem vorigen Mai auf Mururoa getestet hat.

### Athen: Bombenanschlag auf Polizeiauto

Ein 24 Jahre alter Polizeibeamter, der am Dienstag in Athen bei einem Bombenanschlag auf einen Polizeiautobus schwer verletzt worden war, ist am Mittwoch in einem Spital der griechischen Hauptstadt gestorben. Bei dem Attentat wurden zwölf weitere Polizisten verletzt, von denen sich einer in Lebensgefahr befindet. Die Terrororganisation «17. November» hat die Verantwortung für den Anschlag übernommen.

## Noch 67 Tage bis zur Wahl!

Nach dem Flop der Jugend-Union mit ihrer Informationsveranstaltung hatte der Parteitag der Union auch mit Problemen zu kämpfen, die nicht ganz programmiert waren. Wie Teilnehmer berichteten, lag ein Schwerpunkt auf der Verteidigung der VU-Position für die kommende Abstimmung am Wochenende. Entsprechende Äusserungen machte auch VU-Präsident Dr. Otto Hasler am Schweizer Radio.

Apromos VU-Parteipräsident! Vielleicht sollte die Jugend-Union doch noch einige Informationsveranstaltungen durchführen, vielleicht einmal über interne Fragen, VU-interne Angelegenheiten. Dann wüsste vielleicht der Berichtersteller in der Parteizeitung künftig, wer Landtagspräsident und wer Parteipräsident der VU ist. Da wurde doch Dr. Otto Hasler als VU-Landtagspräsident bezeichnet. Nur ein Fehler oder schon wieder Wunschenken?

So soll es bleiben! Oder soll es nicht so bleiben? Jetzt geht es «metanand für ein gesundes und starkes Liechtenstein». Warum gesund? Waren die acht Jahre der VU-Regierung für unser Land ungesund? Beschwerden sind zwar vorhanden, die sind überall festzustellen. Aber ungesund? Das haben sie selbst erfunden.



## Hilfe zur Selbsthilfe in den Entwicklungsländern

Der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) kann auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken

Nach der Entlassung in die Unabhängigkeit sind die Probleme in den ehemaligen Kolonien, aber auch in jenen Staaten der südlichen Halbkugel, die nicht in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zu den Industrienationen standen, nicht wesentlich geringer geworden. Die Lasten, die diese Staaten der sogenannten Dritten Welt drücken, haben sich teilweise nur verschoben, an den Platz von gelösten Problemen sind neue Herausforderungen getreten, die zumeist höhere Anforderungen zur Bewältigung stellen.

Dem Gedanken zur Gründung des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED), der heute sein 20jähriges Bestehen feiert, lag der Aufruf des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy zugrunde, nicht allein Kapitalhilfe könne zur Gesundung der Entwicklungsländer führen, sondern die Entsendung von Entwicklungshelfern, worauf die USA ein sogenanntes «Peace Corps» schufen. Gegen allerlei Widerstände kam es 1965 in unserem Land zur Errichtung einer privaten Stiftung «Liechtensteinischer Entwicklungsdienst», die vom Verein «Welt und Heimat» sowie von der Regierung getragen wurde.

### Bewährte Hilfe durch Engagement

Aus den relativ bescheidenen Anfängen hat sich im Laufe von zwei Jahrzehnten eine Institution entwickelt, der erheblich mehr Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgabe zur Verfügung stehen. Über zwanzig Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer haben in dieser Zeit an Ort und Stelle mitgeholfen, Not zu lindern.

Wohn- und Arbeitsstätten aufzubauen, elementare Schulkenntnisse und Fachwissen in verschiedenen Berufen zu vermitteln. Die im Verhältnis zur Rückständigkeit und der Not immer noch bescheidenen Mittel erlaubten es dem LED nur in wenigen Fällen, eigene Projekte zu verwirklichen. Vielmehr musste eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen eingegangen werden, um die finanziellen Mittel möglichst effizient einzusetzen. Im Vordergrund aber stand zweifellos immer das persönliche Engagement der Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer, die ihren Einsatz dort leisteten, wo die Not am grössten, das Fachwissen am gefragtsten und das Vorbild am notwendigsten war.

### Hilfe zur Selbsthilfe

Der Zweck der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst hat sich seit seiner Festlegung in den ersten Statuten nicht wesentlich gewandelt. Im Vordergrund stehen nach wie vor die Gewährung von Beiträgen an Organisationen der Entwicklungshilfe, die Aussendung von Entwicklungshelfern, die Unterstützung der Missionstätigkeit. Als wichtigste Zielsetzung gilt immer noch die Hilfe zur Selbsthilfe, um die Bevölkerung in den Entwicklungsländern in die Lage zu versetzen, die Lebensverhältnisse aus eigener Kraft zu verbessern. Nicht nur aufgrund der bescheidenen Mittel, sondern auch aus Überzeugung soll die Hilfe zur Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse ausgerichtet sein. Dazu gehören nach dem Verständnis des LED die Erhaltung der Gesundheit und die Sicherung der medizinischen Versorgung, die Produktion von Nahrungsmitteln, die Schaffung von Ausbildungsplätzen für die Jugend und von Arbeitsplätzen für die Erwachsenen sowie die Verbesserung der sozialen Sicherheit.

Hilfe für die Ärmsten  
Zu den Grundsätzen des LED gehört auch die Gewährung der Hilfe in erster Linie an die ärmsten Entwicklungsländer und innerhalb der ärmsten Länder an die am meisten benachteiligten Gebiete und Menschen. Als neues Element ist in den letzten Jahren die besondere Beachtung der Situation der Frauen hinzugekommen. Die Hilfe an die Ärmsten der Armen wurde in den letzten Jahren rein zahlenmässig dauernd erhöht, obschon Entwicklungshilfe – wohl aufgrund verschiedener Vorkommnisse, die aber nicht überbewertet werden sollten – auch in unserem Land nicht sehr populär ist. Das Ziel, das für die Industriestaaten der Welt vorgegeben wurde, nämlich wenigstens 1 Prozent des Bruttosozialproduktes für die Entwicklungshilfe aufzuwenden, ist noch nicht erreicht worden.

### Hilfe für die Ärmsten

Diese Feststellung können wir mit einer Reihe anderer Staaten der nördlichen Halbkugel teilen.  
Wenn der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) heute Rückschau auf seine 20jährige Tätigkeit hält, so gilt es dies zu berücksichtigen. Nicht alles ist erreicht worden, aber doch wertvolle Hilfe konnte durch den Einsatz der Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer geleistet werden. (G. M.)

## Neuregelung für Tierärzte in unserem Land

Der Landtag verabschiedete einstimmig eine Änderung des Gesetzes über das Veterinärwesen

Einstimmig hat der Landtag, wie bereits kurz berichtet, die Teilrevision des Veterinärgesetzes verabschiedet. Die Abänderung des bestehenden Gesetzes betraf vor allem die Konzessionspflicht und den Aufgabenbereich des Landestierarztes und der Tierärzte. Diese Regelungen waren bisher im Sanitätsgesetz enthalten, das vom Gesundheitsgesetz abgelöst werden soll, jedoch nur Bestimmungen über die Humanmedizin enthält.

Nach der Revision wird im Gesetz über das Veterinärwesen festgehalten, dass

dem Landestierarzt als Leiter des Veterinäramtes der Vollzug der veterinärrechtlichen Bestimmungen und die Überwachung des gesamten Veterinärwesens obliegt. Die Erteilung der notwendigen Konzessionen für die Ausübung des Tierarztberufes sowie zur Führung eines tierärztlichen Betriebes fällt in den Kompetenzbereich der Regierung.

### Anforderungen an Tierärzte

Eine Konzession für einen Tierarzt wird nach den neuen Bestimmungen erteilt, wenn der Bewerber liechtensteini-

scher Staatsbürger und in unserem Lande wohnhaft ist. In begründeten Fällen kann allerdings davon abgegangen werden. Der Konzessionsbewerber hat sich über ein Diplom einer anerkannten Ausbildungsstätte sowie über eine mindestens zweijährige fachliche Weiterbildung nach Diplomabschluss auszuweisen. Ausserdem wird, neben einem guten Leumund und den gesundheitlichen Voraussetzungen, die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten und Einrichtungen gefordert.

### Apothek und Tierkliniken

Die von der Regierung erteilte Konzession ist persönlich und nicht übertragbar. Die Praxisführung in der Rechtsform einer juristischen Person ist ausgeschlossen. Der Tierarzt ist allerdings berechtigt, eine Privatapotheke für Tierarzneimittel zu führen. Auch kann die Regierung Konzessionen für Tierkliniken erteilen, wenn die Leiter und Mitarbeiter die gesetzlichen Voraussetzungen zur Berufsausübung erfüllen. Im weiteren müssen geeignete Räumlichkeiten und Einrichtungen vorhanden und eine fachgemässe Betriebsführung gewährleistet sein.

### Inhalt der Berufsausübung

Im revidierten Gesetz ist auch der Inhalt der Berufsausübung geregelt. Der Tierarzt hat sich nach diesen Bestimmungen an die Grundsätze der tierärztlichen Wissenschaft zu halten. Sobald er eine ansteckende Krankheit oder auch nur den Verdacht einer solchen feststellt, hat er unverzüglich die nötigen provisorischen Anordnungen gegen eine Weiterverbreitung zu treffen. Das Landesveterinäramt kann die Tierärzte mit der Durchführung von Schutzimpfungen, Blutentnahmen, diagnostischen Untersuchungen sowie mit anderen amtlichen Verrichtungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung beauftragen. Der Tierarzt darf sich nur für Beratungen und Behandlungen empfehlen, die ihm erlaubt sind. Jede aufdringlich wirkende Empfehlung oder Berufs- oder Geschäftsbezeichnung ist ihm untersagt.

## Ausländische Kinder liechtensteinischer Mütter

Die Vernehmlassung in den Gemeinden ist nach der Regierung positiv verlaufen

Ein Gesetzesentwurf zur erleichterten Einbürgerung ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter ist vor kurzem in die Vernehmlassung gegeben worden. Die darauf erfolgten Antworten sind nach Angaben von Regierungschef Hans Brunhart eher positiv. Mit Ausnahme einer Gemeinde seien vor allem zustimmende Stellungnahmen erfolgt. Eine Gesetzesvorlage soll im kommenden Jahr an den Landtag gehen.

Die Gemeinden stimmten der Vorlage in den Grundsätzen zu, erklärte Regierungschef Brunhart. Einige Gemeinden hätten angeregt, das Problem im Zusammenhang mit der Revision des Gemeindegesetzes zu lösen. Allerdings betonte der Regierungschef, diese Auffassung teile er nicht, da es sich dabei um zwei völlig verschiedene Probleme handle. Mit der erleichterten Einbürgerung ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter würde keine neue Art von Bürgern geschaffen. Zahlen, wieviele Kinder durch die erleichterte Einbürgerung betroffen würden, konnte der Regierungschef nicht nennen. Die Regierung werde die Ergebnisse der Vernehmlassung jedoch prüfen und einen Gesetzesvorschlag dem Landtag unterbreiten. Die vorgesehene Rege-

lung, dass der Wohnsitz von 20 Jahren zur erleichterten Einbürgerung erforderlich sei, nannte Brunhart nicht grosszügig, aber realistisch für die Verwirklichung.

## BRD erwartet neue Rekord-Leistungsbilanz

Berlin (AP). Den höchsten Überschuss in ihrer Geschichte kann die Bundesrepublik in der diesjährigen Leistungsbilanz erwarten, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht veröffentlichte.

«Im gesamten Jahr 1985 wird die Leistungsbilanz mit einem Aktivsaldo von etwa 40 Milliarden Mark abschliessen», erklärte das Berliner Institut. Die Leistungsbilanz ist das zusammengefasste Ergebnis von Aussenhandel, Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland und Übertragungen. In den ersten drei Quartalen 1985 addierte sich der saisonbereinigte Überschuss bereits auf rund 28 Milliarden Mark, gut dreimal soviel wie in der entsprechenden Vorjahresperiode, hiess es.

## Skisaisonbeginn in Liechtenstein!

Nachdem König Winter auch bereits in der Talebene für Schneefälle gesorgt hat, rüstet sich das Liechtensteiner Alpengebiet zur Skisaison-Eröffnung. Im Liechtensteiner Langlaufzentrum Steg herrschen bereits gute Loipenbedingungen. Offiziell in Betrieb genommen werden die Loipen diesen Samstag, wobei vorerst nur im Grund (bis zum Bienenhaus) gespurt wird, da im Valinatal noch etwas zu wenig Schnee liegt. Mit der offiziellen Saisonöffnung wird während der Wochentage von Montag bis Freitag auch jeweils wieder die Nachtbeleuchtung eingeschaltet, so dass an diesen Tagen bis abends um 21 Uhr gelaufen werden kann.

### Am 14. Dezember im Malbun

Im Wintersportzentrum Malbun wird die Skisaison offiziell am Samstag, den 14. Dezember mit der Inbetriebnahme der Liftanlagen eröffnet. Sollten es die Schneeverhältnisse zulassen, so werden die Liftanlagen bereits über das Wochenende vom 7./8. Dezember in Betrieb gesetzt. Im Malbun liegt derzeit rund 30 bis 50cm Schnee, so dass die Skisportfreunde hier also noch auf etwas mehr Schnee hoffen müssen, um ihrem Wintersportvergnügen bei gesicherten Schneeverhältnissen frönen zu können.

### Katalysator-Fahrzeuge:

## Steueranreiz genügt

Sollen weitere Anreize geschaffen werden, damit noch mehr Autofahrer beim Kauf eines neuen Autos auf ein Katalysator-Fahrzeug umsteigen? Auf diese Frage meinte Regierungschef Hans Brunhart beim Pressesgespräch, die Steuervergünstigungen würden genügen. Obwohl erst 100 Kat-Fahrzeuge bei uns in Verkehr gesetzt worden seien, stehe unser Land im internationalen Vergleich nicht schlecht da.

Allerdings ist das Ziel, das sich die Regierung setzte, nicht ganz erreicht worden. Wie Regierungschef Hans Brunhart sagte, sei man von 10 Prozent Kat-Fahrzeugen bei den Neuzulassungen ausgegangen. Diese Zahl konnte bisher nicht erreicht werden. Allerdings rechnet der Regierungschef für das nächste Jahr mit einem vermehrten Kauf von Autos mit Katalysatoren, zumal dann auch die Typenvielfalt grösser sei als jetzt. Weitere Anreize, um zum schnelleren Umsteigen auf ein abgasarmes Auto zu bewegen, sind nach seiner Ansicht nicht vorgesehen. Bewusstseinsänderungen dauerten eben länger.



### Tagung des Landesausschusses

Am kommenden Montag, den 2. Dezember um 20 Uhr tritt der Landesausschuss der Fortschrittlichen Bürgerpartei im Hotel «Schloss» in Vaduz zusammen, um über wichtige Sach- und Personalentscheidungen zu befinden. Im Mittelpunkt stehen Nominationen und eine Vorschau auf die Dezember-Landtags-sitzung.

### Familienbrunch

Der von der FBP lancierte und beliebte Familienbrunch wird am Sonntag, den 8. Dezember 1985 fortgeführt. Wir treffen uns diesmal im Hotel «Deutscher Rhein» in Bendorf. Ausführliche Ankündigung folgt.